



Mitschrift Pressekonferenz

Im Wortlaut

Regierungspressekonferenz vom 10. Juli

Themen: Termine der Bundeskanzlerin (Euro-Gipfel und außerordentlicher Europäischer Rat in Brüssel, Jahresempfang für das Diplomatische Corps, Besuch des Mikroelektronik-Clusters in Dresden, Kabinettsitzung, Bürgerdialog, Sommerpressekonferenz), Griechenland, Freilassung der in China festgenommenen „ZEIT“-Mitarbeiterin Zhang Miao/fortgesetzte Haft der Menschenrechtsaktivistin Gao Yu, Kolonialkrieg des Deutschen Reiches in Namibia, Presseveröffentlichungen zu Aktivitäten der NSA, Interview der Bundeskanzlerin mit Youtuber „LeFlويد“, Lage in Tunesien, Stand der Atomverhandlungen mit dem Iran, Modernisierungspläne der Bundeswehr für den Cyberkrieg

Sprecher: StS Seibert, Jäger (BMF), Dünow (BMW), Küchen (BMAS), Schäfer (AA), Plate (BMI), Nannt (BMVg)

Vorsitzender Mayntz eröffnet die Pressekonferenz und begrüßt StS Seibert sowie die Sprecherinnen und Sprecher der Ministerien.

StS Seibert: Guten Tag, meine Damen und Herren! Zu den öffentlichen Terminen der Bundeskanzlerin in der nächsten Woche, die ich Ihnen jetzt vortragen darf:

Es beginnt mit diesem Sonntag, dem 12. Juli. Sie wissen es zumeist schon: Die Bundeskanzlerin wird nach Brüssel reisen. Entsprechend der Vereinbarung der Staats- und Regierungschefs der Eurozone vom 7. Juli hat der Präsident des Europäischen Rats für Sonntag zu einem weiteren Euro-Gipfel und anschließend einem außerordentlichen Europäischen Rat der 28 nach Brüssel eingeladen. Als einziges Thema ist Griechenland benannt. Der Euro-Gipfel soll um 16 Uhr beginnen, der Europäische Rat um 18 Uhr. Die Bundeskanzlerin wird - das darf ich Ihnen noch sagen - in Begleitung von Bundesfinanzminister Schäuble nach Brüssel reisen.

Am Montag, dem 13. Juli, wird die Bundeskanzlerin an der Auftaktveranstaltung der Initiative „Chiefsache. Wandel gestalten – für Männer und Frauen“ teilnehmen. Das wird hier in der Bosch-Repräsentanz in Berlin stattfinden. Es wird eine Podiumsdiskussion der Gründungsmitglieder des Netzwerks geben, und die Bundeskanzlerin wird gegen 15.50 Uhr eine Rede halten. Die Gründungsmitglieder dieser Initiative kommen aus Unternehmen, aus dem sozialen Bereich, aus dem öffentlichen Bereich, aus der Wissenschaft und aus den Medien. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern in Führungspositionen anzustreben und das Thema in ihren Unternehmen und Institutionen zur Chiefsache zu machen. Die Bundeskanzlerin übernimmt die Schirmherrschaft über dieses Netzwerk.

Wie am Mittwoch schon durch Frau Wirtz angekündigt wurde, wird es am Montagabend um 18 Uhr den traditionellen Jahresempfang für das Diplomatische Corps geben. So, wie sich die Wetterlage entwickelt, wird der Empfang im Bundeskanzleramt stattfinden.

Am Dienstagvormittag wird die Bundeskanzlerin dann nach Dresden reisen und den oder das Mikroelektronik-Cluster besuchen. Sie will sich über aktuelle Entwicklungen informieren und mit Experten über die strategische Bedeutung, die die Mikroelektronik für Deutschland und Europa hat, diskutieren. Man muss dazu wissen: Jeder zweite heute in Europa gefertigte Chip kommt aus Dresden.

Die Bundeskanzlerin wird zunächst die Unternehmen GLOBALFOUNDRIES und Infineon Technologies besuchen und anschließend mit Vertretern aus der Halbleiterindustrie und aus der Wissenschaft ein Strategiegelgespräch führen. Sie wird von Bundesministerin Wanka und dem sächsischen Ministerpräsidenten Tillich begleitet werden. Es wird zum Abschluss um ca. 13.15 Uhr nach dem Ende des Strategiegelgesprächs im Fraunhofer-Institut ein Statement der Bundeskanzlerin geben.

Am Mittwoch, den 15. Juli, wird zunächst - wie üblich, um 9.30 Uhr - die Sitzung des Bundeskabinetts stattfinden.

Dann wird die Bundeskanzlerin ihren zweiten Bürgerdialog im Rahmen der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ durchführen, dieses Mal in Rostock, von 13.30 Uhr bis 15 Uhr im Schulzentrum Paul

→
bu.

zusammenkommen, weil sie dort etwas besprechen müssten, was alle betrifft. Was ist das?

StS Seibert: Ich kann nur wiedergeben, dass Ratspräsident Tusk am Dienstag seinen Kollegen davon berichtet hat, wie sich zahlreiche Regierungschefs von Nicht-Euro-Ländern bei ihm gemeldet haben, den Wunsch geäußert haben, dass man zusammenkommen möge, und ihr Interesse und, wie gesagt, vielleicht auch ihre Sorge an der Entwicklung rund um Griechenland geäußert haben. Deswegen gibt es jetzt diesen Gipfel.

Zuruf: Um was geht es?

StS Seibert: Es geht um Griechenland.

Frage: Ich habe noch eine Frage an Herrn Jäger, und zwar zu einer Äußerung. Ihr Chef hat gestern Abend gegenüber seinem amerikanischen Amtskollegen sinngemäß gesagt: Sie können doch gerne Griechenland übernehmen, und dann nehmen wir Puerto Rico in die Eurozone auf. - Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass das ein Scherz war. Aber der Finanzminister ist doch dafür bekannt, dass er sich seine Worte immer sehr genau überlegt, und auch ein Scherz hat ja immer einen ernsten Kern. Gehe ich recht in der Annahme, dass das auch so ein bisschen die Botschaft an die Amerikaner war „Leute, kümmert euch doch erst einmal um eure eigenen Problemfälle, und wir kümmern uns dann um unsere“ und dass man sich da jetzt nicht gegenseitig Ratschläge erteilen sollte?

Jäger: Sie haben ganz richtig verstanden, dass das eine etwas launige Bemerkung war und dass wir im Augenblick nicht darauf abzielen, Puerto Rico in die Europäische Währungsunion zu integrieren. Falls Sie daran gezweifelt haben sollten, will ich das hier noch einmal ausdrücklich klarstellen.

Was die Zusammenarbeit und den Austausch speziell mit seinem amerikanischen Amtskollegen angeht, so ist der im Augenblick sehr eng und intensiv. Das ergibt sich selbstverständlich aufgrund der Tatsache, dass wir in diesem Jahr die G7-Präsidentschaft innehaben und es laufend aktuelle Themen gibt, über die man sich austauscht. Dazu gehört eben auch Griechenland.

Zusatzfrage: Eine Nachfrage, aber danach hatte auch der griechische Kollege schon gefragt: Sind diese amerikanischen Interventionen in der derzeitigen Lage hilfreich, oder haben Sie das Gefühl, dass die Europäer das selbst lösen können?

Jäger: Nein, es ist wichtig, dass wir uns mit unseren G7-Partnern austauschen und gegenseitig informieren. Das tun wir übrigens nicht nur mit unseren amerikanischen Freunden. Das tun wir selbstverständlich auch mit den kanadischen und japanischen Partnern und - aber das ist jetzt eine ganz andere Kategorie - selbstverständlich auch mit Großbritannien, das ja, wie Sie wissen, nicht der Währungsunion angehört.

StS Seibert: In China ist gestern Zhang Miao, die chinesische Assistentin der Pekingener „ZEIT“-Korrespondentin, ohne Auflagen freigelassen worden. Ich möchte für die Bundesregierung sagen, dass wir diese Freilassung von Frau Zhang begrüßen. Die Bundesregierung hat sich in den vergangenen Monaten immer wieder auf den unterschiedlichsten Ebenen für eine solche Freilassung Frau Zhangs eingesetzt. Diese Freilassung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir werden die chinesischen Bemühungen um den Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen weiter unterstützen, und wir hoffen, dass die chinesische Führung das in der chinesischen Verfassung verankerte Gebot der Rechtsstaatlichkeit vollumfänglich zur Geltung bringt.

Gleichzeitig stellt die Bundesregierung mit Sorge fest, dass sich die Menschenrechtsaktivisten und ehemalige freie Mitarbeiterin der Deutschen Welle, Frau Gao Yu, weiterhin, und zwar seit April des vergangenen Jahres, in Haft befindet. Wir hatten bereits zu einem früheren Zeitpunkt aus Anlass der Verurteilung Frau Gaos unsere Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Diese Stellungnahme bekräftige ich hiermit noch einmal, und wir wiederholen unsere Forderung, dass auch Frau Gao freigelassen werden möge.

➔ Frage: Ich weiß nicht, ob Herr Seibert oder Herr Schäfer das beantworten möchten. Es gibt im Moment neue Initiativen und neuen Druck auf die Bundesregierung, die Massaker an den Herero und Nama tatsächlich auch als Völkermord zu bezeichnen. Wie groß ist die Chance, dass die Bundesregierung ihre Haltung dazu ändert?

Schäfer: Zunächst danke ich Ihnen erst einmal für die Frage. Wir haben - wenn ich „wir“ sage, dann meine ich damit ausdrücklich auch den Außenminister - die Debatte der letzten Tage - im Wesentlichen aus Wien, wo sich der Außenminister wegen der Iran-Verhandlungen auch jetzt wieder aufhält - sehr aufmerksam verfolgt.

Das gibt mir die Gelegenheit vielleicht einmal sozusagen in zwei Sätzen zur Haltung der Bundesregierung in dieser Frage Stellung zu nehmen: Erst einmal ist die Grundlage für alles Tun und für unser politisches Handeln der Leitsatz, dass sich die Bundesregierung vor dem Hintergrund des grausamen Kolonialkriegs des Deutschen Reiches in Südwestafrika ausdrücklich zu einer besonderen historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Namibia und seinen Bürgern und ganz besonders der Herero, der Nama, der San und der Damara bekennt. Daraus ergibt sich dann alles Weitere, auch das



heutige politische Tun der Bundesregierung und des Außenministers.

Herr Steinmeier hat gleich zu Anfang seiner zweiten Amtszeit als Außenminister das Thema der Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte in Deutsch-Südwestafrika und der Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft mit Namibia aufgenommen. Schon vor mittlerweile mehr als einem Jahr hat er seine namibische Amtskollegin hier in Berlin begrüßt, mit ihr ein langes Gespräch geführt und insbesondere vereinbart, einen politischen Dialogprozess in Gang zu setzen, der dann auch gleich aufgenommen worden ist. Damit wollen die beiden Minister zusammen einen Beitrag dazu leisten, auch die jetzt noch spürbaren Folgen der Kolonialzeit in Namibia zu überwinden. Das Ziel dieses deutsch-namibischen Dialogs ist es, gemeinsam eine würdige Form des Gedenkens und des Erinnerns an die damaligen Gräueltaten zu finden - ich wiederhole ausdrücklich: gemeinsam zu finden - und die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia auf der Grundlage eines gemeinsamen Verständnisses über die Vergangenheit in die Zukunft zu führen.

Ich sage es ausdrücklich noch einmal: Es geht darum, gemeinsam die Zukunft zu gestalten, ohne dabei die Vergangenheit auszublenden. Das heißt aber natürlich nicht, dass eine historische und politische Einordnung der Geschehnisse vor etwas mehr als 110 Jahren nicht als Grundlage für unseren zukunftsgerichteten Dialog von großer Bedeutung wäre. Deshalb ist ein wichtiger Teil der derzeit laufenden Gespräche zwischen dem Auswärtigen Amt, dem deutschen Außenminister und den Counterparts innerhalb der namibischen Regierung selbstverständlich die Suche nach einer gemeinsamen Bewertung der schrecklichen Geschehnisse der Vergangenheit.

Diese Gespräche finden nicht im luftleeren Raum statt. Sie erfolgen natürlich in voller Kenntnis und auf der Grundlage einer seit Langem laufenden politischen und historischen Auseinandersetzung mit den damaligen schrecklichen Geschehnissen. Schon 2004 hat die damalige Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Frau Heidemarie Wieczorek-Zeul, bei einem Besuch in Windhuk im Namen der Bundesregierung gesagt:

„Wir Deutsche bekennen uns zu unserer historisch-politischen, moralisch-ethischen Verantwortung und zu der Schuld, die Deutsche damals auf sich geladen haben. Die damaligen Gräueltaten waren das, was heute als Völkermord bezeichnet würde.“

Das Zitat von Frau Wieczorek-Zeul geht noch etwas weiter, aber ich mache hier vielleicht einmal Schluss. – Das ist seither die politische Leitlinie der damaligen Bundesregierung gewesen, auch die des jetzt amtierenden Außenministers. Das gilt natürlich auch als Grundlage für die laufenden Gespräche mit unseren Partnern innerhalb der Regierung in Namibia, mit denen wir unter anderem beabsichtigen, nach Abschluss der Gespräche eine gemeinsame Erklärung zu veröffentlichen, die dann natürlich auch den Teil der Vergangenheit und der Sprache für eine gemeinsame Bewertung der Vergangenheit enthalten wird.

Das ist, um das jetzt vielleicht noch für Herrn Steinmeier zu sagen, auch für ihn die politische Leitlinie, auch in Zeiten, in denen er nicht Außenminister gewesen ist. Einige von Ihnen kennen vielleicht den Antrag der damaligen Opposition, der SPD und der Grünen, vom 20. März im Deutschen Bundestag, in dem es genau um diese Frage ging und die vom damaligen Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier mit unterzeichnet und mit eingebracht worden ist. Dieser Antrag ist damals von der Mehrheit des Deutschen Bundestags nicht angenommen worden, aber er ist weiterhin genau die Leitlinie für das, was Herr Steinmeier an Politik gegenüber Namibia in dieser Frage unternimmt.

Vielleicht gestatten Sie mir noch zwei Sätze zum Stand der Verhandlungen: Der Afrika-Beauftragte des Auswärtigen Amtes, Georg Schmidt, ist zur Umsetzung dieser Vereinbarung über den gemeinsamen Dialogprozess inzwischen bereits dreimal für direkte Gespräche und Beratungen in Windhuk gewesen. Auch in dieser Woche hat es wieder Kontakte zwischen den Hauptstädten, zwischen Berlin und Windhuk, gegeben. Die Gespräche verlaufen sehr konstruktiv und sind auch gut vorangekommen, aber sie sind eben noch nicht abgeschlossen.

Letzter Satz: Wir wünschen uns, dass diese Gespräche - die Gespräche zwischen der Bundesregierung und der Regierung Namibias - weiterhin in einem gedeihlichen politischen Umfeld und einem Klima gegenseitigen Vertrauens erfolgen können.

Das sage ich ganz ausdrücklich auch deshalb, weil gerade in Namibia der Umgang mit diesem traumatischen Teil der eigenen nationalen Geschichte alles andere als einfach ist. Da gibt es zahlreiche, einander widerstreitende Interessen, die von der neuen Regierung unter einem neuen Präsidenten, Herrn Geingob, austariert und miteinander in Einklang gebracht werden müssen.

Zusatzfrage: Sie haben wahnsinnig lange geantwortet; ich frage aber trotzdem noch einmal nach. Mein Eindruck war bisher immer gewesen, dass die Aussage von Frau Wieczorek-Zeul 2004 eine Art - ich sage es einmal in Anführungszeichen - Ausrutscher gewesen ist. Von der Bundesregierung - korrigieren Sie mich - habe ich seitdem nicht mehr gehört, dass man das als „Völkermord“ bezeichnet hat. Noch einmal die Nachfrage: Ist für Herrn Steinmeier klar, dass es sich damals um einen Völkermord gehandelt hat?

Herr Seibert, sozusagen eine Frage an den anderen Teil dieser Bundesregierung, weil erwähnt wurde, dass Herr Steinmeier das damals in der Opposition gefordert hat, das damals aber keine Mehrheit fand: Wie ist die offizielle Linie der Bundesregierung? War das damals ein Völkermord?

Noch die Frage: Wird man sich dafür offiziell entschuldigen, wie es ja gefordert wird?

Schäfer: Was ich vielleicht tun kann, um Ihre Frage zu beantworten, ist das, was ich gerade schon etwas generisch erwähnt habe, nämlich den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion der Grünen vom 20. März 2012 an seiner entscheidenden Stelle einmal vorzutragen. Dann, glaube ich, spricht manches für sich.

Zusatz: Der interessiert mich aber gar nicht so wie die Haltung am heutigen Tage.

Schäfer: Ich habe Ihnen doch gerade gesagt, dass genau das die Haltung des Außenministers ist und er diesen Antrag mit unterzeichnet hat.

Zusatz: Okay, dann legen Sie los!

Schäfer: Darf ich?

Zusatzfrage : Dann gerne!

Schäfer: Das ist lieb von Ihnen.

„Der Deutsche Bundestag erkennt die schwere Schuld an, die deutsche Kolonialtruppen mit den Verbrechen an den Herero, Nama, Damara und San auf sich geladen haben und betont, wie Historiker seit langem belegt haben, dass der Vernichtungskrieg in Namibia von 1904 – 1908 ein Kriegsverbrechen und Völkermord war.

Der Deutsche Bundestag betont die fortdauernde (...) Verantwortung Deutschlands für die Zukunft Namibias.“

StS Seibert: Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Zusatzfrage : Das heißt, das ist die offizielle Linie der Bundesregierung?

Schäfer: Das heißt - das habe ich versucht, Ihnen in meinen womöglich länglichen Ausführungen deutlich zu machen -, dass das die Haltung der Bundesregierung ist, mit der sie in Gespräche mit der Regierung Namibias vor etwa einem Jahr mit dem Ziel eingetreten ist, ein gemeinsames Verständnis über das, was geschehen ist, zu gewinnen, das auch in Sprache zu fassen und dann irgendwann, wenn es denn fertig ist, zu publizieren und auf dieser Grundlage eine Sammlung von Projekten zu entwickeln, mit denen den auch heute noch spürbaren Folgen dieser im deutschen Namen begangenen Taten zwischen 1904 und 1908 beantwortet und begegnet werden kann. Das ist das Ziel.

Ich hatte gesagt, dass wir da noch nicht sind. Diese Verhandlungen laufen gut und sehr konstruktiv. Wir sind aber noch nicht so weit, dass ich Ihnen jetzt ein konkretes Datum nennen könnte, an dem etwa die Bundesregierung gemeinsam mit der Regierung Namibias eine solche Erklärung veröffentlichen könnte.

Frage: Herr Schäfer, ich habe es noch nicht ganz verstanden. Die Haltung, die Meinung der Bundesregierung ist: Ja, das war Völkermord.

Schäfer: Ich habe es Ihnen doch gerade so vorgelesen; in der Tat.

Zusatzfrage: Die Bundesregierung sagt: Das war Völkermord. - Das wäre ja jetzt eine Meldung.

Schäfer: Dann melden Sie es.

Frage: Ist eine Entschuldigung geplant?

Schäfer: Ich glaube, die Frage ist schon gestellt worden. Es ist völlig richtig, dass ich sie nicht beantwortet habe, was mein Fehler ist.

Ich würde Sie einfach gerne um die Geduld bitten, die es braucht, bis die Gespräche zwischen der Bundesregierung, vertreten durch das Auswärtige Amt und der Regierung Namibias, zu einem Ende gekommen sind. Ich hatte versucht zu beschreiben, dass es uns letztlich darum geht, die Zukunft mit Namibia zu gestalten. Aber um das vernünftig zu tun, braucht es einen gemeinsamen Umgang mit der Vergangenheit.

Diese Gespräche führen wir jetzt. Ich habe Ihnen ausgeführt, mit welcher Geisteshaltung, auf welcher Grundlage und mit welcher Einschätzung der historischen Ereignisse von 1904 bis 1908 die Bundesregierung in diese Gespräche geht. Die sind noch nicht vorbei, sie werden weiter geführt. Was am Ende dabei von deutscher Seite, von namibischer Seite herauskommt, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt beim besten Willen nicht vorwegnehmen.